

# Der „Drang“ des Deutschtums nach dem Osten

---

Quelle: <http://bcu.lib.uni.lodz.pl/dlibra/docmetadata?id=4175&from=publication>

Alexander Hoefig - Neue Lodzer Zeitung, 11. Juli 1937

## Was hat die Deutschen zur Einwanderung nach Mittelpolen veranlaßt? 1815 - 1830/31

Die deutsche Einwanderung in Mittelpolen ist ein umfangreiches und vielgestaltiges Kapitel der Geschichte des mittelpolnischen Deutschtums, das ebenso mit der Entwicklung des deutschen Mutterlandes wie mit der Geschichte des ersten wirtschaftlichen Aufbaus Kongreßpolens zusammenhängt. Wollte man die deutschen Einwandererbewegungen nach Mittelpolen und den sogenannten „Drang des Deutschtums nach dem slawischen Osten“ gründlich behandeln, so müßte man einerseits die Ursachen der Loslösung der Auswanderer vom Mutterlande, andererseits die Ursachen, die zur Einwanderung nach Kongreßpolen geführt haben, beleuchten. Da aber vorausgesetzt werden darf, daß die Ursachen der Loslösung vom Mutterlande durch verschiedene Werke und Abhandlungen (wie z.B. H. A. Ratermann, *Ausgewählte Werke*, Cincinnati 1912; K.E. Behse, *Geschichte der deutschen Höfe seit der Reformation*, Hamburg 1853; J. Göbel, *Briefe deutscher Auswanderer*, Chicago 1912, usw.) hinreichend bekannt sind, so genügt es, wenn wir uns auf die Erörterung der Frage beschränken:

*Warum haben sich die deutschen Fabrikanten, Unternehmer und Handwerker in den Jahren 1816 bis 1830 nicht nach Uebersee - Amerika und den englischen Kolonien, - sondern ausgerechnet nach Kongreßpolen begeben? Wie sind die Anziehungskräfte zu erklären, die damals von Kongreßpolen ausgingen, um einen „Drang“ des Deutschtums nach Osten auszulösen?*

Diese Frage wollen wir im Nachstehenden beantworten.

### Die einzelnen Einwanderungsperioden

Mittelpolen als solches blickt auf etwa 6 zeitlich getrennte Einwanderungswellen deutscher Elemente zurück: 1. auf die Einwanderung einzelner deutscher Familien und Sippen vor der Teilung Polens; 2. auf die von der Preußen-Regierung veranlasste und geförderte Einwanderung von Landpionieren in der Zeit von 1793-1806; 3. auf die Einwanderung während der Zeit des Herzogtums Warschau 1807-1814; 4. auf die große Einwanderung zur Zeit der kongreßpolnischen Regierung, die 1820 einsetzte und bis 1830 an hielt; 5. auf die Einwanderung nach dem November-Aufstand; 6. auf die Einwanderung nach 1863.

Die erste, zweite und dritte Einwanderungsperiode umfaßt Bauernbewegungen, die von den deutschen Staaten, hauptsächlich von Preußen geduldet, zum Teil sogar intensiv gefördert wurden. Der vierten Einwanderungsbewegung, die vornehmlich reiche Unternehmer, Fabrikanten und Handwerker umfasste, standen die preußischen Regierungsbehörden ablehnend gegenüber und griffen schließlich, als die Auswanderung immer mehr zunahm, zu Abwehrmaßnahmen. Welcher Art diese Maßnahmen waren, wollen wir weiter unten darlegen.

### Die Einwanderungswerbung der kongresspolnischen Regierung

Der Sturz des großen Korsen verschlang auch dessen politische Schöpfung: das Herzogtum Warschau. Dieses Staatswesen wurde aufgrund des Wiener Friedensvertrages unter die

# Der „Drang“ des Deutschtums nach dem Osten

---

Siegerstaaten Rußland, Preußen und Oesterreich aufgeteilt. Die wirtschaftlich schwächsten Provinzen des ehemaligen „Herzogtums“ fielen zusammen mit der Krone Polens an Rußland, dessen Souverän Kaiser Alexander der Erste dem Teilgebiet eine Verfassung verlieh, die es der neugebildeten Warschauer Regierung ermöglichte, das Land wirtschaftlich aufzubauen. Die Verfassung sah die rechtliche Einordnung aller Elemente vor, die Preußen und die übrigen deutschen Staaten entbehren konnten oder entbehren wollten. Den Sektierern, die in einzelnen Staaten verfolgt worden, öffnete man die Pforten des Staates und sicherte ihnen Militärfreiheit und Rechte zu, die sie in der Heimat nicht genossen (Mennoniten, Herrnhuter usw.). Der evangelisch-augsburgischen und der evangelisch-reformierten Kirche wurde der Charakter von Landeskirchen verliehen und rechtlich mit der katholischen Kirche gleichgestellt. Alle diese auf die Anziehung deutscher Massen berechneten politischen Maßnahmen führten nicht zum Ziele. Es mußte noch das Dekret über die den Einwanderern bewilligten Benefizien und Rechte vom 18. September 1820 veröffentlicht und in tausenden von Exemplaren in deutschen Landen verbreitet werden, bevor Deutsche ihre Schritte nach Kongreßpolen lenkten. Nach Veröffentlichung des Einwanderungsdekrets von 1820 wuchs das Vertrauen des Deutschtums immer mehr, was verschiedene Dokumente beweisen. Werber bereisten zunächst die Tuchmacherbezirke des „Herzogtums Posen“ (Kolmar, Samocin usw.), um Stimmung für eine Abwanderung der Tuchmacher nach den neuregulierten Industrieplätzen Kongreßpolens zu machen. Ebenso wurden spezielle Beauftragte nach Schlesien, Sachsen und Deutschböhmen entsandt, um in Fabrikantenkreisen Werbungen durchzuführen.

## Abwehrmaßnahmen gegen die Massenauswanderung nach Polen

Die sehr geschickt eingeleitete Werbeaktion hatte in kurzer Zeit zur Folge, daß die Auswanderung aus Preußen nach Kongreßpolen den Charakter einer Massenbewegung annahm, die zunächst die Provinz Posen, dann Schlesien umfaßte. Die von Preußen ergriffenen Gegenmaßnahmen waren wirkungslos. Als man aber verschiedene an deutsche Unternehmer in Preußen gerichtete amtliche Briefe auffing, erhielt der in Warschau akkreditierte preußische Konsul Schmidt schon im Jahre 1821 die Weisung, wegen der amtlichen Werbeaktion beim Fürsten-Statthalter Vorstellungen zu erheben. In seinem Schreiben an den Statthalter stellte Schmidt fest, daß die Abwanderungsbewegung in Preußen nicht so stark in Erscheinung treten würde, wenn nicht einzelne polnische Lokalbehörden (Stadtverwaltung) die Fabrikanten zur Uebersiedlung nach Kongreßpolen auffordern würden, indem sie ihnen in formellen amtlichen Vorschlägen allerhand Benefizien versprechen.

*„Die Preußische Regierung“ - so schreibt Schmidt - „überzeugt davon, daß die Regierung Polens weit entfernt sei, gewisse Vorgehen (demarches) zu dulden, die im direkten Widerspruch mit dem Geiste der Traktate und den Traditionen der Freundschaft, die beide Staaten verbinden, stehen, hat lange gezögert, Vorstellungen zu erheben, weil sie darauf rechnete, daß die Verstöße sich nicht mehr wiederholen werden. Da aber die Königl. Preuß. Polizei neuerdings wieder Briefe aufgefangen hat, die der Magistrat der Stadt Przedecz direkt an einige im Herzogtum Posen wohnhafte deutsche Fabrikanten sandte, so sei das ein Beweis dafür dass sich nichts geändert hat. Indem ich die aufgefangenen Briefe Eurer Erlaucht zur Einsichtnahme unterbreite, bitte ich um den Erlaß eines Verbots derartiger Werbungen.“*

Weiteren Akten der Kanzlei der Rada Administracyjna ersichtlich ist (Vol. 348-4, 8542 und 9046), ist wohl das Konzept eines entsprechenden Verbots vorbereitet worden, aber nicht herausgegeben worden, denn das Konzept enthält die Randbemerkung: *„das Verbot wird kassiert in Folge Weigerung des Fürsten-Statthalters, das Schriftstück zu unterschreiben“.*

# Der „Drang“ des Deutschtums nach dem Osten

---

Kurz und gut: die Einwanderungswerbungen wurden von allen städtischen Verwaltungen mit allen Mitteln fortgesetzt und haben auch die von der Regierung gewünschten Resultate gezeitigt. Die Einwanderung nahm in den Jahren 1822 und 1823 immer mehr zu, um im Zeitraum von 1824-1828 den Charakter einer Massenbewegung anzunehmen, die zur Besiedlung aller Industriegrundstücke führten, die in den neuregulierten „Neustädten“ von Zgierz, Lodz, Dombie, Przedecz und Gostynin für deutsche Fabrikanten und Unternehmer zur Verfügung gestellt wurden.

## Wie man sich um deutsche Unternehmer riß

Die amtliche Werbeaktion hatte noch eine merkwürdige Erscheinung zur Folge. Die einzelnen Stadtverwaltungen bemühten sich nicht nur reiche Fabrikanten aus Deutschland anzuwerben, sie suchten sich gegenseitig bereits eingewanderte Unternehmer nachträglich abzufragen, was zu verschiedenen Klagen führte. Solange sich diese Streitigkeiten innerhalb der Wojewodschaftsgrenzen selbst abspielten, schaute die Regierung dem Spiel gleichmütig zu. Als sich aber später die Streitigkeiten um die Deutschen auf Wojewodschaftsbehörden ausdehnten und der Präses einer Wojewodschaft mit dem anderen in Streit geriet, so mußte die Regierung eingreifen und zur Ordnung rufen. Ein solcher Streit entbrannte zwischen dem Präses der Kalischer Wojewodschaft und dem Präses der Masowischen Wojewodschaft wegen des deutschen Fabrikanten Daniel Ill, der sich vorher in Pabianice niederließ, welche Stadt bekanntlich zum Kalischer Lande gehörte. Daniel Ill war von der Lodzer Stadtverwaltung zur Uebersiedlung nach Lodz veranlaßt worden. Dadurch kam es zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen den Wojewodschaftsbehörden, die trotz des Eingreifens von Staszic, welcher sich für die Ansiedlung Ills in Lodz aussprach, nicht zu Ende kommen wollte. Der Streit kam vor den Statthalter-Fürsten Zajoncsek, der auf die schriftliche Beschwerde des Kalischer Präses die Randbemerkung niederschrieb: *„Die Regierung kann nicht zulassen, daß ein Präses dem anderen die Fabrikanten abredet.“*

Trotz dieser Entscheidung blieb Daniel Ill in Lodz wohnen und verwaltete vorübergehend die von der Regierung eingerichtete Warenbleiche, die später Titus Kopisch in Erbschaft übernahm. Dieser Fall illustriert, wie energisch Rembielinski die Industrialisierung des Masowischen Landes betrieb, und zeigt auch, wie sehr die beiden Staatsmänner – Staszic und Rembielinski - Hand in Hand arbeiteten, wenn es galt, die in Lodz begründete Industrie zu heben und zu beleben

auf die Politik dieser beiden Staatsmänner ist auch die Hochflut der deutschen Einwanderung nach Kongreßpolen und hauptsächlich nach Masowien zurückzuführen, die erst im Jahre 1829 abebbte, um zur Zeit des November-Aufstandes ganz aufzuhören und einer Rückwanderungsbewegung Platz zu machen. Die Rückwanderung umfaßte hauptsächlich Tuchmacher, die sich nicht auf die Fabrikation baumwollener und halbwoollener Waren umstellen wollten. Ein Teil der polenmüden Tuchmacher wanderte nach Rußland aus, der andere ging zurück nach der alten Heimat.

## Staszic über Entwicklungsmöglichkeiten der Stadt Lodz

Kurz vor seinem Tode, im Herbst des Jahres 1825, unternahm Staszic eine Visitation aller neuengerichteten Industrieplätze, die einige Wochen dauerte. Aus seinem dem Statthalter unterbreiteten Bericht geht hervor, daß Staszic schon damals die Stadt Lodz als jenen Industrieplatz in Kongreßpolen betrachtete, der am meisten Aussicht auf eine große Entwicklung hatte. Aber aus dem Bericht geht auch hervor, welchen Wert Staszic auf die deutsche Arbeit und den deutschen Fleiß legte. Der Staszic'sche Bericht umfaßt 48 Seiten, wovon acht Seiten allein auf die Beschreibung der Stadt Lodz entfallen. Es muß hierbei nicht vergessen werden, daß der Bericht im Jahre 1825

# Der „Drang“ des Deutschtums nach dem Osten

---

verfaßt wurde und daß damals Zgierz einen weit größeren Warenumsatz zu verzeichnen hatte, als das einige Jahre später regulierte Lodz.

\*

\*

\*

Alle vorstehenden Dokumente haben wir zitiert, um zu zeigen, inwieweit die Behauptungen übereinstimmen, denen zufolge die Deutschen in Mittelpolen immer wieder als „Eindringlinge“ oder als „ungebetene Gäste“ hingestellt werden. Der Deutsche in Polen ist zur Einwanderung und Ansiedlung in Mittelpolen eingeladen worden, und er ist nach Polen gekommen, im Vertrauen darauf, daß er und seine Nachfahren als Vollbürger behandelt werden.

Der „Drang“ oben des Deutschtums nach dem slawischen Osten wäre nicht so stark in Erscheinung getreten, wenn die slawischen Regierungen sich nicht bemüht hätten, einen solchen „Drang“ künstlich hervorzurufen. Das beweist die kongreßpolnische Verfassung vom Jahre 1815, und das beweist auch das Einwanderungsdekret des Fürsten-Statthalters vom 18. September 1820, sowie die Ausgaben-Posten des polnischen Staatsbudgets der Jahre 1821 bis 1828. Die Betrachtung dieser Dokumente und Zahlen gibt uns die Antwort auf die Frage, warum seinerzeit die deutschen in Scharen nach Kongreßpolen gekommen sind, wo sie bis heute große, zum Teil abgeschlossene Sprachinseln bilden.